

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festlich am Montag. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Postgebühr monatlich 3,- M. bei Zustellung unter Straßendamm 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Reichen 2295 und 2296.

Interessante lesen die achtseitige Komparsierliste oder deren Raum 1.30 M., woraus sich das festgesetzte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. herausrechnen lassen. Bei Familien- u. Vereinstilgungen (1/2) der Zuschlag fest. Interests für den besagten folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19
Verleger: Kurt Reichen 2295

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zaristische Verschwörer im Auslande.

Die Mörderliga in Stockholm.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen berichtete die Presse, daß die schwedische Polizei einer großangelegten russischen Antikommunistischen Liga auf die Spur gekommen sei, die allein in Schweden über 1000 Mitglieder besitzt. Die Nachforschungen, die bei weitem als noch nicht abgeschlossen gelten können, haben bisher ergeben, daß diese Verschwörung seit über Jahresfrist organisiert ist. Auch sonst hat die Untersuchung viele interessante Einzelheiten über das Treiben der russischen Konterrevolutionäre im Auslande erbracht.

Die Liga führte nach Aussage eines Verhafteten die Bezeichnung „Internationaler Verband zur Wiedererrichtung des Kaiserthums in Rußland. Abteilung Stockholm“ und stellte sich die Wiedereinführung des Zarentums als Ziel hin. Als Varen hatte man den Schwager des ehemaligen Zaren, den Großfürsten Alexander Michailowitsch, den ehemaligen Premierminister Trepow, ferner mit General Kom, Kommandant von Samara, General Jadenitsch und anderen bekannten Persönlichkeiten aus der Zeit der russischen Reaktion. Bisher sind fünfzehn Personen verhaftet worden, darunter die meisten hohe russische Offiziere. Der Leiter der Verschwörung ist der Kaiserliche Oberst Habsjetlache, ein kaukasischer Fürst und ehemaliger Chef des Leibregiments des Zarenwittels. Unter den Verhafteten befindet sich auch der General Gysler.

Als Botschafter benutzten die Verschwörer schwedische Namen, auch ist eine finnische Frau in der Angelegenheit verwickelt. Ihre Opfer wurden per Automobil in eine in der Nähe Stockholms befindliche Villa gebracht, hier fand dann das „Einkaufsgeschäft“ statt. Das Opfer wurde dann mittels einer Schaar erkrankter, die Reiche in einen Sack genäht, dieser mit Steinen beschwert und in den nahegelegenen See versenkt. Bisher sind die Leichen des Großindustriellen und Publizisten Krdaschow, des Ingenieurs Calde und des Journalisten Bewitsch identifiziert worden. Alle haben früher einmal mit der bolschewistischen Regierung in loser Fühlung gestanden.

Besonders ist, daß man bei den Opfern auch größere Geldbeträge bemerkt, denn stets hat man auch bei den Betreffenden eine Rucksack verpackt. Auch der verurteilte Einbruch in dem Konsulat der Sowjetregierung in Stockholm wird der Liga zugeschrieben. Ob mit den bisherigen Ermittlungen die Liste der Todesopfer erschöpft ist, kann mit Sicherheit nicht behauptet werden. Fest steht jedenfalls, daß auch andere Personen auf der Liste der Todeskandidaten standen, darunter auch der konsularische Vertreter der Sowjetregierung in Amerika, Professor Lowanow, der sich seit einiger Zeit in Stockholm aufhält.

Alle diese Angaben beruhen auf Erkundigungen der Polizei und auf Befragungen der Verhafteten. Der weitere Verlauf der Untersuchung und die in etwa drei Wochen stattfindende Verhandlung dürfte noch manches Interessante und Tageslicht fördern und die Häufen der Verschwöreraktivität der russischen Zaren auch in anderen Ländern aufdecken.

Das Wüten der Ordnungsbüchse in Ungarn.

Budapest, 16. August.
Nach einer Meldung des Ungar. Tel.-Corr.-Bureaus richtete die Kriminalabteilung der Budapestier Oberstadthauptmannschaft an familiäre Verwaltungen- und Polizeibehörden sowie an die Wiener Polizeidirektion das Ersuchen, nach 21 früheren Fällen die Namen der Verhafteten, darunter Bela Hun. Eugen Landier, Eugen Hamburger, Bela Egeffel, Sigmund Kausi, Wilhelm Wöhrer, Rufus Hekel, Osnirich Kalmon, Moriz Erdelji, ferner nach dem früheren Präsidenten des Budapestier Soldaten- und Arbeiterrates Hermann, die des Nordes, des Raubes, der Geldfälschung, der Verletzung des Wohnrechts als Täter oder Mittäter verdächtig sind, zu fassen und sie im Falle ihrer Ergreifung in Untersuchungshaft zu nehmen.

Sinnfeiner-Unruhen in Irland.

H. N. Haag, 17. August.
Aus London wird gemeldet: General Gadel Pain, der den Befehl über die Truppen in Irland führt, verbot eine Demonstration der Nationalisten und Sinnfeiner, die in Londonderry anläßlich des Erinnerungstages an die Belagerung der Stadt vor sich gehen sollte. Auf seinen Befehl wurden die Wälle der Stadt von Truppen mit aufgeschlagenem Seitengewehr besetzt.

Die Menge erklärte hierin eine Herausforderung und griff die Truppen an, die von ihrer Waffe Gebrauch machten und Feuer gaben. Die Truppen mußten schließlich um Verstärkung bitten. Gegen 11 Uhr abends ging dann das Militär zu einem regelrechten Angriff über und gegen Mitternacht besaß sich die ganze Stadt im Aufruhr. Läden und Privathäuser wurden gestürmt und geplündert, überall wurden die Fenstersteine eingeworfen. In den Morgenstunden trafen dann weitere Truppenverstärkungen ein, die mit gezogenem Bajonett das Zentrum der Stadt säuberten. Erst am Sonnabend morgen trat wieder Ruhe ein, doch ist eine Wiederholung der Straßentänze zu befürchten. Auch in der Grafschaft Ulster selbst ist es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Sinnfeinern gekommen. Es wird ein regelrechter Guerilla geführt.

Englands Kosten zur Bekämpfung Sowjet-Rußlands.

Amsterdam, 17. August.
Wie die englischen Blätter vom 15. melden, betragen laut eines von der britischen Regierung herausgegebenen Weißbuchs die Kosten der britischen Operationen zu Wasser und zu Lande in Rußland seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit Deutschland bis zum 31. Juli d. J. 60 000 000 Pfund Sterling (entspricht etwa 1400 Millionen Goldmark).

Wilson vor dem Senat über den Friedensvertrag.

H. N. Haag, 17. August.
Polenisch Newsbureau meldet aus Washington: Wilson hat den Wunsch geäußert, daß der Sitzung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in der er am Dienstag die Einzelheiten über das Zustandekommen des Friedensvertrages mitteilen will, auch einige Szenographen beizubringen, um der Presse Mitteilungen zu geben.

Die republikanischen Senatoren teilen ihren demokratischen Kollegen mit, daß sich ungefähr 30 republikanische Senatoren für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit einigen Vorbehalten erklären würden.

Senator Hedges teilte Wilson mit, daß der Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten dem Senate innerhalb 14 Tagen Bericht über den Friedensvertrag erstatten werde.

Zwolff gestorben.

H. N. Haag, 17. August.
Aus Paris wird gemeldet: Der ehemalige russische Gesandte in Paris und frühere Minister des Aeußern Zwolff ist in Paris gestorben.

Zwolffs Name ist eng verknüpft mit der Periode der aktiven imperialistischen Politik Rußlands, die nach dem russisch-japanischen Krieg einsetzte. Als Außenminister war er bestrebt, sich mit Japan über die Einflusssphären im Fernen Osten zu verständigen und gemeinsam mit England im Nahen Orient vorzuschieben. Die deutsche Morenpolitik und die immer deutlicher hervortretenden aggressiven Ziele der deutschen Politik in Vorderasien erleichterten es Zwolff, Anschluß an England zu finden und so den Grundstein für die Entente zu legen. Die diplomatische Niederlage, die Deutschland während der bosnischen Krise 1908 Zwolff beibrachte, trieben Rußland nur noch mehr in die Arme Englands. Nach seinem Rücktritt vom Posten des Ministers des Aeußern wirkte Zwolff als russischer Vorkämpfer in Paris in der Richtung der von ihm eingeschlagenen Politik, wobei er immer eine härtere Richtung vertrat als sein Nachfolger Sazonow.

Die Judenpogrome in der Ukraine.

Zu der von uns gebrachten Mitteilung der „Humanität“ über die Pogrome in der Ukraine erhalten wir folgende Zuschrift von einem Augenzeugen:

Das Gland der Judenchaft spottet jeder Beschreibung: ein ganzes Volk ist materiell und moralisch zugrunde gerichtet. Nachrichten über Pogrome liegen aus über 50 Städten der Ukraine vor, darunter Jekaterinoslaw (2900 Opfer), Chersonow (3000 Opfer), Ljebnow (410 Opfer), Wassilnow (110 Opfer), Owrutsch (80 Opfer), Tschernobyl (100 Opfer) usw. usw.

Den Judenpogromen, deren Augenzeuge ich ebenfalls gewesen bin, stehen die jetzigen Judenverfolgungen in nichts nach.

Kollschals Niederlage.

Von einem russischen Genossen wird uns geschrieben: Die Ursachen der Niederlagen Kollschals gegenüber den Sowjettruppen sind nicht nur in der Ueberlegenheit der letzteren gegenüber den Weißgardisten zu suchen, sondern sind zum großen Teil auf die unhaltbaren inneren Zustände in Ost-Sibirien zurückzuführen. Zum Anfang seiner Herrschaft verachtete Kollschal, seinem Regime ein demokratisches Mantelchen umzuhängen. Die Entwidlung zwang ihn jedoch bald, sein Visier zu lüften und ein System der allerschwersten Reaktion anzurichten. Diese Reaktion hat die sibirischen Arbeiter und Bauern stark aufgerüttelt. Die Strafexpeditionen der Kosaken und die Faust der alten zaristischen Gendarmen und Polizisten, die alle wieder von Kollschal zurückgerufen wurden, haben den sibirischen Bauern die Augen geöffnet. Seit Anfang Januar bereits lodert Sibirien im Feuer der Aufstände.

Schon im Oktober vorigen Jahres lief eine Welle von Bauernaufständen durch Ost- und West-Sibirien, die Gouvernements Altai, Amursk, Tomsk, Jenissei und Irkutsk umfassend.

Die Bauern wollten Kollschal keine Abgaben zahlen und widerstrebten sich der Mobilisierung für die Kämpfe gegen Sowjet-Rußland. Zur Unterdrückung der Aufständischen benutzte Kollschal besonders aus Offizieren und Kosaken formierte Abteilungen. Die meisten Aufstände wurden damals im Oktober niedergedrückt. Sie sind indes nicht spurlos an den Bauern vorübergegangen und haben einen tiefen Eindruck hinterlassen. Die Bauern, entflammt von Haß und Gaf gegenüber Kollschal, bildeten Freischar-Abteilungen, die von Kollschals Weißgardisten in die Taiga (sibirische Steppe) verdrängt wurden, wo sie sich erst recht zu großen Formationen ausbildeten, besonders durch den Zulauf, den sie dadurch erhielten, daß sich viele der Zwangsmobilisation Kollschals durch die Flucht entzogen.

Eine große Rolle in der Organisation dieser Freischar-Abteilungen haben die im Herbst des vorigen Jahres geschlagenen, aber nicht vernichteten Teile der sibirischen roten Armee gespielt. Diese Teile der roten Armee rückten damals ebenfalls vor den englisch-französisch-amerikanisch-japanischen Truppen in die Taiga. Diese Teile haben nachher die Führung der Freischar-Abteilungen übernommen. Am spätesten hatte Kollschal mit diesen Abteilungen in Ost-Sibirien sowie im Gebiet des fernen Ostens zu kämpfen. Hierzu kommt noch, daß gerade diese Gebiete die größte strategische und politische Bedeutung besitzen. Die Freischarer hatten sich als Ziel die Bedrohung der Eisenbahnverbindung von Wladiwostok nach dem Ural gestellt. In Ost-Sibirien haben sie dieses Ziel teilweise erreicht. In den Gouvernements Tomsk, Jenissei und Irkutsk wurden die Freischarer-Abteilungen einheitlich zusammengestellt und zu den Operationen entlang der Eisenbahnlinie verwandt. Es gelang dadurch, eine ununterbrochene Front von einer Ausdehnung von fast 300 Kilometern zu bilden.

Sich stützend auf die Sympathie der Bauernbevölkerung dieser Gouvernements, gelang es den roten Freischarern gegen Anfang Februar, hier eine starke Stosstruppe zu organisieren. Gegen diese Stosstruppe ausgeschickte Straf-Expeditionen mußten nach schweren Kämpfen unverrichteter Sache zurückkehren und konnten sich nur langsam der Eisenbahnlinie halten. Als Resultat der Bedrohungen der Eisenbahnstrecke sind Entleerungen hauptsächlich von Transporthäfen und Militärlagern zu verzeichnen. In der letzten Zeit hat sich die Lage an dieser Stelle so sehr ungunsten Kollschals verschlechtert, daß er und die Entente-Generäle sich gezwungen sahen, auf diesem Gebiet große Kräfte zu konzentrieren. Drei Panzerzüge sind ständig mit der Reparatur dieser bedrohten Eisenbahnlinie beschäftigt und geleiten die Militärtransporte über die gefährdete Zone. Hier kämpfen auch ungefähr zwei Divisionen Kosaken. Das Oberkommando Kollschals war aber bereits bestrebt zu erreichen, daß an dieser sibirischen Front um Kampfe gegen die roten Freischarer Japaner verwandt werden.

Die Japaner sind aber durch die Unternehmungen der im fernen Osten sowie bei Amursk und dem Küstengebiet kämpfenden roten Freischarer gebunden. Aus diesem Grunde weigern sie sich entschieden, westlich des Weikasssee zu gehen und denken vielmehr auf ihre Verbündeten, die Amerikaner und Engländer hin, die sie für die Kämpfe an

der bedrohten Eisenbahnlinie als besser verwendbar be-
trachten.

Jedenfalls ist es eine unumstößliche Tatsache, daß die
Freiheitskämpfe in Sibirien einen derartigen Umfang
angenommen haben, daß die Herrschaft Koltshals bedroht
erscheint und es ihm kaum gelingen wird, diese Auf-
stände durch die ihm noch in Treue verbliebenen Offiziers-
verbände und ähnlicher Weisgardisten niederzuknüppeln.
Der Niederlage an der Front muß unbedingt auch eine
Niederlage im Inneren des Landes folgen.

Das Treiben der Soldateska in Kurland.

Nichts kann die Verumpfung unserer politischen Ver-
hältnisse deutlicher charakterisieren, als die Tatsache, daß
unsere Veröffentlichungen über das Treiben der deutschen
Soldateska in Kurland geschildert totgeschwiegen werden.
Auch die Regierung, die durch die von uns mitgeteilten
Tatsachen auf das schwerste kompromittiert wird, wagt es
nicht, sich auch nur mit einer Silbe zu den Vorgängen in
Kurland zu äußern. Das beweist ihre völlige Machtlosigkeit
dem selbstherrlichen Treiben der Militärkräfte gegenüber,
deren wehrloser Gefangener sie geworden ist.

Von der Berliner Presse nimmt nur die „Krenz-
zeitung“ in einer versteckten Notiz von unieren Veröffent-
lichungen Kenntnis. Selbstverständlich ist das Blatt damit
eindeutlich, daß sich die deutschen Militärs der russischen
Konturrevolution zur Verfügung stellen. Bei einem etwaigen
Sieg der Armeen Koltshals und Denikins würde
ein Rückschlag auf Deutschland unausbleiblich sein. Die
Reaktionäre lauern auf diesen Erfolg und es ist nur zu er-
wartlich, daß sie die Aktion dieser Herrschaften mit allen
Mitteln zu fördern bestrebt sind.

Um so schlimmer ist das Schweigen der sogenannten
demokratischen Presse. Der „Vorwärts“ läßt sich von der
rechtssozialistischen Provinzpresse auch in diesem Falle be-
schämen. Er wagt mit seinem Wort gegen den Menschen-
schacher Front zu machen und wird dadurch zum Mit-
schuldigen des skandalösen Treibens.

Die ganze militärische und politische Aktion in Kur-
land war und ist ein Schandfleck für das deutsche
Volk. Wie toll die Macht haben dort oben haufen, wie
sehr sie die Ehre des deutschen Namens mit Füßen treten
und bei der letzten Bevölkerung den Doh gegen alles
Deutsche systematisch grobkücheln, das mag noch durch die
Darstellung eines Augenzeugen hervorheben, welcher
soeben aus Kurland zurückgekehrt ist. Er berichtet:

Als ich in Schaulen die Besetzung der wahllosen Be-
schlagnahme alles Eisens nicht ohne Widerspruch haben wollte,
wurden nicht nur Pistolen aufgelöst und Verhörungen vor-
genommen, sondern von den Requirierenden wurde einfach in die
Wenige hineingeschossen. Erfolg: Drei Tote, darunter ein
Mädchen von 17 Jahren.

Doch derartige Vorkommnisse sind unschuldvolle Spielereien
gegenüber den Heldentaten, die auf Veranlassung der Haupt-
aktoren, der Offiziere, begangen wurden. Unser Gewächsmann
traf in Mitau in einem Gasthause mit einem von der Front
kommenden deutschen Unteroffizier zusammen. Es war am
2. April 1919. Auf Befragen erzählte dieser in der Schule der
feinebildeten deutschen Offiziere zur Bestie gewordene Unter-
offizier mit schicklichem Vergnügen:

Wir hatten 103 Gefangene, die zu uns überlaufen waren.
Sie sagten, sie wären keine Bolschewiki, sondern eingezogen
worden, als sie ihre Waffen abgegeben hätten. Wir haben sie
abgemurrt. Die dummen Schweine fielen noch auf die
Knie und baten, wir sollten doch bedenken, daß sie verheiratet
sind und Familien hätten. Wir haben sie ausgelacht und
gefragt: Wie brauchen eure Mütter!

Die Bolschewiki hatten bei ihrer Herrschaft in Mitau
etwa 70 Personen in Gerichtsverhören abgeurteilt. Die
Deutschen haben gleich an die 200 Mann nach dem nahen
Walde geführt und erschossen. Nach drei Wochen lagen die
Leichen noch da. Die Raben haben sich daran nicht ge-
kratzt. Jeden Tag wurden Leute ums Leben gebracht. Auf bloße An-
zeige hin wurde sogar eine ganze Familie, Mann, Frau
und fünf Kinder, im Alter von einem halben bis zehn Jahren,
erschossen.

Der Kommandant, ein Major, hat furchtbar gehaßt. Die
„Mitauische Zeitung“ schrieb, die Indier seien auch von der
weißen Rasse zur „Kultur“ aufgefordert und als sie sich dem nicht
fügten, ausgerottet worden. Das sollten sich die Letzten
merken. Die deutschen Zeitungen schreiben immer so viel von
den vielen Einrichtungen in Riga; sie haben geschrien, daß im ge-
samten Bezirk Riga 67 Menschen von den Bolschewiki hin-
gerichtet wurden in drei Monaten. Die Deutschen haben in drei
Wochen in Riga allein 5600 Menschen erschossen. Fast nur
Letzten.“

Daß unter solchen Umständen die Letzten heute auf die
Deutschen noch weniger gut zu sprechen sind als früher, liegt
auf der Hand. Sie trachten es unserem Gewächsmann
gegenüber auch unverhohlen aus, daß es ihnen unter
bolschewistischem Regime nicht so trübselig ergangen sei. Bei
den Soldatenwägen hatten sie wohl wenig zu essen
gehört, weil wenig vorhanden, aber Reiche und Arme
waren gleich. Unter der deutschen Herrschaft habe es
zwar „alles“ gegeben, aber die Leute hatten kein Geld, es
zu kaufen.

Das ist die eine Seite der deutschen Militärherrschaft
in Lettland. Sie ist empörend und gemein im höchsten
Maße. Aber noch verhängnisvoller, weil dabei nicht nur
das Leben Tausender oder Tausender, sondern die Zukunft
ganzer Völker auf dem Spiele steht, sind die fortwährenden
Versuche, von den Truppenplätzen im Osten den Kampf
gegen die deutsche, sowohl wie die russische Republik in die
Wege zu leiten, um die alte monarchistische Herrschaft
wiederherzustellen. Unser Gewächsmann berichtet auch
diesen Punkt.

„Jetzt sollen die deutschen Truppen raus“, schreibt er, „aber
sie gehen alle zu den Russen über; zu Fürst Lieben und
Graf Keller. Diese wollen sich mit Koltshals verbinden,
um das russische Kaiserreich wieder zu errichten. ... Den
Truppen wird gesagt: Wie nehmen Riga den Letten
wieder ab. Da kommen täglich von Deutschland Divisionen. Sie
werden in Mitau eingekleidet und in die russische Armee ge-
stellt. Fragt man einen, was willst du hier so annoheret er:
Wir sollen die Letten verhauen und Riga wieder nehmen.“

So stehen die Dinge noch heute. Die Soldaten wollen Rache
nehmen, wegen der Weigerung der lettischen Regierung, ihnen als
Anfänger Aufnahme und Land zu gewähren. Die Offizierskama-
rilla muß und führt diese Stimmung, um die Truppen für ihre

monarchistischen und feindlichen gegenrevolutionären Treiben
mitzuschneiden zu können. Die Regierung sieht macht- und einfluß-
los diesem verbrecherischen Tun zu. Ihre lähmende Angst vor
dem Proletariat macht sie unfähig, den Kampf gegen die Offiziers-
kamarilla aufzunehmen. Wie lange noch soll dieses verzerrende
Verhalten fortgedauert!

Die Reserve des Kosteheeres.

Die jetzt gezwungenermaßen entlassenen Werkzeuge der
Reaktion und der Gegenrevolutionäre sollen sich bereit halten,
jederzeit dem Rufe des „Vaterlandes“ wieder Folge zu
leisten. Vom Korps Västschlag wurde den von ihm Ent-
lassenen ein Schreiben zugesandt, in dem ihnen zunächst ein
wenig Sonnig um den Vart geschmiert wird für ihre vater-
ländischen Heldentaten, dann mit sichtbar Unbehagen auf
die gegenwärtige „Nöte“, hingewiesen und ferner gesagt
wird: „Bald würden Zeiten kommen, in denen das Vater-
land wieder jeden entlassenen und erprobten Mann not-
wendig habe.“ Wörtlich heißt es dann in dem Schreiben:

„Das Korps hat deshalb eine „Reserve“ aus den best-a-leisten
freiwilligen Angehörigen eingerichtet. Sobald jene Notwendigkeit
eintrifft, werden Sie dorthinberufen wieder zum Korps zurück-
zukehren. Das Korps hofft auch auf Eure Unterstützung für die
Zeit solcher akuten Notlagen, in denen jeder Mann vonnöten
ist, um in unserem schwergeprüften Vaterland die Ordnung
zu erhalten. Der dauernde Standort des Korps ist noch nicht
bekannt. In solchem Falle wird ein Aufruf durch die Zeitungen
gehen, sich in einem angegebenen Orte zu sammeln. Aber auch
von denjenigen, die er nicht erreicht, ist das Korps überzeugt, daß
sie alle von selbst zur rechten Stunde bei ihrem bewährten Korps
wieder eintreffen werden, um ihre Pflicht gegen das Vaterland
zu erfüllen. Die Bedingungen für diese vorübergehende Dienst-
zeit werden die allgemeinen Reichswehrbedingungen sein, je-
doch mit 14-tägiger Bindung.“

Dem Schreiben liegt ein Zettel bei, dessen Rücksendung
an den Kommandanten des Stabsquartiers „auf jeden Fall“
verlangt wird. Dieser Zettel, durch dessen Unterschreiben
sich ehemalige Angehörige des Korps Västschlag weiter ver-
pflichten sollen, hat folgenden Wortlaut:

„Ich erkläre mich bereit, sobald allgemeine Notlagen oder eine
neue Revolution eintreten, vorübergehend für die be-
treffende Zeit unter den allgemeinen Reichswehrbedingungen
zum Korps zurückzutreten.“

Wer gibt dem Korps Västschlag die Berechtigung, solche
„Reserven“ aufzustellen? Woher nimmt der Kommandant
die weitere Berechtigung, den „Reservisten“ für ihre fernere
„Dienstzeit“ Wohnung, Verpflegung usw. nach den allge-
meinen Reichswehrbedingungen zu versprechen? Weist die Re-
gierung von diesem den Friedensvertrag gefährdenden
Treiben? Wir fordern, daß sie sich unverzüglich dazu äußert.

Von Deutschlands Kolonialpolitik.

Ueber „Unsere koloniale Vergangenheit“ sprach an einem
Vortragsabend des Bundes Neues Vaterland ein Angehöriger
des Saubelstammes Wadzi bin Scharifu aus Tanga, Ostafrika.
Es war das erstmal, daß in Deutschland ein Angehöriger der
schwarzen Rasse öffentlich die Reichsverdienste seines Volkes zu
Wort bringen konnte. Wadzi Scharifu sprach Kapitanleutnant
a. D. Hans Paatz aus jahrelangen eigenen Vertrieben in
Ostafrika; Hellmut von Gerlach teilte seine persönlichen Er-
fahrungen aus dem Jahre 1912 aus Kamerun mit. Wadzi bin
Scharifu, ursprünglich Regierungsschullehrer in Deutsch-Ostafrika,
jetzt Hilfsschleher an Seminar für orientalische Sprache in Berlin,
gab seiner großen Juhoretschenschaft in überaus gutem Vortrage
Runde von der Behandlung, die die Eingeborenen Deutsch-Ost-
afrikas von den deutschen Beamten und weißen Kolonisten er-
fahren haben. Seine Schilderung der Grausamkeit der Prügel-
und Kettenhaftstrafe, die nur Schwarzen (mit Europäern) zuteil
wurde, die ohne Rechtsanspruch abgeurteilt wurden, gab ein erzei-
fendes Bild von der kolonialpolitischen Unfähigkeit der deutschen
Regierung. Der Arbeitslohn der Arbeiter beträgt, bei 12 Wk.
monatlichem Lohn, nicht weniger als 11 Stunden bei astro-
nomischer Tagestemperatur. Wadzi bin Scharifu, ein Mann, ausau-
ruhen, so laßt die Rührerpolitik der Arbeitsaufseher über ihre
Mühen. Bei der ungenügenden Entlohnung geraten die Regier-
arbeiter, die aus fernem Distrikt für die Arbeiten im Küsten-
land durch Werber angelockt werden, in Schulden, und nicht eher
läßt man sie wieder in ihren Heimatkort gehen, bis diese abge-
arbeitet sind. Kranke bis zum Sechsten gehen die Regier in ihre,
durch die rigorese Verhinderung entzogenen Dörfer zurück. Herr
Paatz und Herr von Gerlach ergänzten die Beschreibung des
Herrn Scharifu. Herr von Gerlach führte aus, daß in der eng-
lischen Kolonie Nigeria, die neben Kamerun liegt, die Eingeborenen
bei Gericht als Jungen anerkannt und nach ihrem, auch
heidnischen, Ritus verurteilt werden. Von 15 Reichsdanwäl-
tern der Hauptstadt Lagos mit 8000 schwarzen Einwohnern
waren 13 Schwarz. In Kamerun spricht man den Regier die
Eidenschaft in ganz unredlicher Geringschätzung ihrer Cho-
rotterigenschaften ab. Weder Intelligenz noch Bildung neben
dem Regier in Kamerun die Möglichkeit, andere als unterge-
ordnete Schreibstellen einzunehmen.

Die Ausführungen der Redner riefen Stürme der Ent-
sagung gegen das Vollen des preussischen Verwaltungssystems
in Deutsch-Ostafrika bei den Zuhörern hervor. An den unglau-
blich irdischen Einwänden abweisender Zwischenrufer kann man
den Grad der Einsicht der Leute erkennen, die bei uns und in den
Kolonen die Regierungsbürokratie leisten.

Günstiger Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Der über die Verhandlungen mit der polnischen Delegation
ausgegebenen offiziellen Bericht meldet, daß die Verhand-
lungen einen befriedigenden Verlauf nehmen. Verschiedene
Unterabteilungen haben ihre Arbeiten bereits begonnen, die
Verhandlungen der Kommission für Internierte und
Kriegsgefangene sind so gut wie beendet; in allen Haupt-
fragen ist hier vollkommene Übereinstimmung erzielt worden,
besonders darüber, daß für alle aus Anlaß der nationalen Er-
hebungen begangenen Verbrechen, mit Ausnahme der gemeinen
Verbrechen, bereits eine Amnestie auszusprechen, sowie,
daß die Internierten ausnahmslos zu entlassen
sind. Die volle Durchführung dieses Abkommens wird von einer
gemischten Kommission unter neutralem Vorherrschaft werden.
In der Unterkommission für die Schulfragen haben die
deutschen Vertreter die Wünsche der deutschen Bevölkerung der
Abteilungsbürokratie zur Geltung gebracht. In wichtigen Fragen
ist auch hier Einigkeit erzielt worden, besonders hat
es sich gezeigt, daß im polnischen Elementarunterricht die deut-
schen Wünsche Berücksichtigung gefunden haben.

Die kirchlichen Fragen sind bis zum Eintreffen polni-
scher Sachverständiger zurückgestellt worden.
In den Wirtschaftfragen sind einzelne Angelegen-
heiten besprochen worden; die Beratungen werden fort-
gesetzt.

Die wichtigste Kommission ist die für Kriegs-
liche Fragen, welche am Sonntag vormittag zum ersten
mal eine Generaldiskussion zusammenzutreten wird. Es ist
zunehmen, daß die Verhandlungen noch eine gewisse Zeit
in Anspruch nehmen werden.

Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen.

In einer Versammlung des Bezirksverbandes Westfalen
der S. P. D. teilte der Reichskommissar für Kriegs- und Kriegs-
gefangene, der Abgeordnete Stücken, mit, daß sich die Lage
Frankreich für die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ver-
antwortlich zu machen sei. Die Engländer waren bereits vor lan-
ger Zeit bereit, die Gefangenen zu entlassen, müßten diese die
Nachrichten über die Lage der Gefangenen in Frankreich lauter
genügend klagten.

Am relativ besten gehe es den 600 deutschen Kriegsgefan-
genen in Italien. Es ist der Regierung einwandfrei von ge-
nauere Seite mitgeteilt worden, daß die italienische Regie-
rung die deutschen Kriegsgefangenen mit Liebesgaben über-
schütze. In Sibirien befinden sich zurzeit 20000 Kriegs-
schütze. In Sibirien befinden sich zurzeit 20000 Kriegs-
schütze und 20000 Zivilgefangene. Um die Wohlergehen haben sich
sonders die Amerikaner verdient gemacht, denen das deutsche
Volk in dieser Beziehung tiefen Dank schuldet. In Sibirien sind
für die deutschen Kriegsgefangenen zurzeit 200 Amerikaner tätig.
Es sind dort viele Tausende Deutsche, Ostpreußen und
sind in der Gefangenschaft gestorben. Über denen, die noch le-
ben, geht es jetzt verhältnismäßig erträglich. Die deutsche
Regierung verlangt, daß die Kriegsgefangenen aus Sibirien auf
dem Wasserwege heimbeordert werden.

Ueber die Lage der Gefangenen in Japan wird jetzt ge-
fragt. Hier dürften oder viel die Lebensgewohnheiten der
gelben Rasse missprechen, an die sich selbst der in Freiheit lebende
Mitteleuropäer schwer gewöhnen kann. Die Kriegsgefangenen
werden erst nach Beendigung ihres achtwöchigen Arbeits-
verpflichtet, sich bei ihrem letzten Arbeitgeber zu melden, der sie
wieder einstellen muß.

Nach Mitteilung von gut unterrichteter Seite sollen die
deutschen Kriegsgefangenen in Serbien in kurzer
Zeit in die Heimat entlassen werden. Der Abtransport
aus Serbien werde voraussichtlich am 23. August be-
ginnen.

Die erste Sitzung des Reichsrats.

Die aus Vertretern der Einzelstaaten gebildete Reichsver-
sammlung hat nach der neuen Verfassung den Namen „Reichsrat“ führt.
Die erste Sitzung des Reichsrats wird am Sonntag zum erstenmal in Weimar zusammenberufen.
Der Reichsrat stimmt u. a. dem Entwurf des Reichs-
Vertrages zu.

Nach der neuen Reichsverfassung sollen die Verhandlungen
des Reichsrats öffentlich sein und nur in besonderen Fällen
durch einen Beschluß des Reichsrates die Öffentlichkeit ab-
geschlossen werden. Es ist bezeichnend, daß der Reichsrat
diesem Recht nach einer Resolution der „Deutschen Arbeiter-
meinen Zeitung“ bereits in seiner ersten Sitzung Gebrauch
gemacht. Man wird also wohl kaum viele öffentliche Sitzungen
des Reichsrats erleben, insbesondere wohl dann nicht, wenn es
sich in Berlin tagen wird.

Die Reaktion auf dem Markt.

Das Erfurter Bezirkskommando verurteilt unter
8. August ein als „Streng vertraulich“ bezeichnetes
Schreiben an gewisse Kreise der Erfurter Bürgererschaft, in dem
es heißt, daß nach einer Verfügung des Ministers des Innern
liberaler Einwohnervereine aufgestellt werden, die „bei
Schwierigkeiten, was unserem Vaterlande droht“, zusammen zu
treten und die Reichswehr gehen sollen. Dann heißt es wörtlich:

„Euer Wohlwollen werden gebeten, die hier
unter dem Namen „Regiment Thüringen“ beschriebene
und damit unseres Vaterlands Interesse und Unabhängigkeit
gegenbringen und sich jeweils Einseitig an die Reichswehr
„Verbandsrat der Reichswehr, Petersberg, gegenüber
Wache“ wenden zu wollen. Sitzungen sind dort einzulassen.“
Dieses Schreiben beweist wieder einmal, daß die militärischen
Stellen nicht geteilt sind, den Friedensvertrag innerlich abzu-
wehren noch wie vor die Einwohnervereine militärisch zu organi-
sieren. Bemerkenswert ist das Schreiben auch deshalb, weil es
immer abgelehnt wurde, daß geheime Schläger
Stärke der Einwohnervereine von militärischen Stellen
worden seien.

Die Rückkehr zum Mittelalter.

Nimmer, wenn wir die ungeheuren Mißstände bei der
Wendung von Unterfuchung- und Schußkraft abzuwenden
haben, sind die unseren Anlagen zugrunde liegenden Punkte
Kudnungen hingestellt worden. Aber die Risse dieser
Wand immer erdrückender. Angeordnet aller Proteste werden
ord unsere Parteigenossen in Schußhaft gehalten. Es
sich in Dresden Genosse Frenzel seit über zwei
ten in Haft, ohne daß der geringste Schuldweis für eine
bare Handlung erbracht werden konnte. Als vielmehr der
sitzende der Strafkammer die Untersuchungshaft ausließ,
Frenzel als Schußhaftgefangener festgehalten. Der Genosse
dieser Freiheitsberaubung Frenzel, der schon im
einmal verhaftet worden war, ist in den Weichmatten
politischen Polizei Dresden zu finden, wo es
Sofialdemokraten, der im Begriff steht, aus der großen
auszutreten. Rücksicht gegen F. ist nicht am
Und daß keine Rücksicht auf ihn genommen wird, beweist
besten ein Brief, den Frenzel aus dem Gefängnis an
Dresdener Parteiblatte gerichtet hat. Darin heißt es:

„Ich leide an einem schweren Augen- und
Auch habe ich infolge dieser Augenentzündung
nötiger Dinge ein fester ärztlicher Behandlung.
werden noch überflüssiger Untersuchung drei Tage
inhaftet verbleiben. Seit einer Woche bemerke ich
Behinderung, daß ich infolge der Überreizung
sinnloslich gang eingebüßt habe. Das muß
ist es ein Gleich. Am Sonntag, dem 27. 7.,
Rubeln mit Waden ich habe aus Bauerntausende
gezogen. Ich gab die Schlüssel dem Aufseher
res Essen gab es nicht. Ich habe vor viel
daß ich krank wurde.“

Um diesem Elend ein Ende zu machen, habe
Donnerstag jegliche Nahrung verweigert. Es
besser, man verreckt bald, als daß man noch
Elend weiter ertragen soll.“
Angefaßt dieses erschütternden Falles muß
der Regierung verlangt werden, daß sie
at 1919

ist an sozialistischem Empfinden wenigstens
sozial Menschlichkeit aufbringt, um solchen Zuständen
ein Ende zu machen.

Wer bezahlt die Zeusterscheiben?

Und wird geschrieben:
Am Mittwoch, den 14. August, kamen vier französische Offi-
ziere in dienstlichem Auftrage in Ruhbad (Hessen) an und
sahen im „Hessischen Hof“, ab. Sie besaßen sich in den Saal
und verlangten von dem Wirt. Der an einem benach-
barten Tisch stehende Oberleutnant v. Jgglinzli-
sch durch die Anwesenheit und das Ansehen der fremden
Offiziere in seinen heiligsten Gefühlen getroffen und gab seiner
Einstimmung dem Wirt gegenüber etwa mit den Worten Ausdruck,
wenn ihm noch an seiner Freundschaft gelegen sei, dann solle er
die „Schweinebände“ hinaufschicken. Als der Wirt
bereits einzuwenden, daß der Herr Oberleutnant sei und er die
Offiziere doch als Gäste behandeln müsse, kürzte der Wirt-
besitzer aus Telephon, ließ sich mit der Kaserne ver-
einbaren und verlangte, man möchte die vier französischen
„Schweinebände“, die man ihm hier vor die Nase geschick-
t habe, holen. Darauf erschien eine bis auf die Zähne be-
waffnete Wache und revidierte die Pässe der Fremden —
die natürlich in Ordnung waren.

Die französischen Offiziere, die den Vorgang bis in die
Kriegszeiten begriffen zu haben schienen und die auch Kenntnis
von den Beschränkungen nahmen, werden wohl von der anderen
Seite des Rheins die Cultivierung zu schätzen nicht verläumen.
Wünscht man sich noch zu wundern, wenn die Bewohner der
besetzten Gebiete für das schändliche Gebahren eines solchen Rosse-
jägers leiden müssen, der die Tragweite seiner Handlungen
abzusehen scheinbar nicht fähig ist.

Aus dem westfälischen Industriegebiet.

Die Reaktion im Reich, und Staatskommissar
Severing und „Er. Erzengel“ des Freiherrn von Waller zeichnet
sich in der Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung ganz
besonders aus. Hunderte von Genossen waren in Schutzhaft ge-
nommen worden, gegen die man strafrechtlich nicht vorgehen kann,
deren Verbrechen einzig und allein darin besteht, daß man sie für
„Reper“ hält. Das in Hagen erscheinende Organ der U. S. P.,
die „Volkstimme“, für Westfalen und Lippe, hat sich der besonde-
ren Aufmerksamkeit der herrschenden Gewalten zu erfreuen. Kein
Wunder! Hat das Blatt doch in den letzten drei Monaten an
10.000 Abonnenten neu gewonnen und drohend rückt die Gefahr
nahe, daß durch die von diesem Blatt verbreitete Aufklärung die
Rechtssozialisten jeden Boden unter den Füßen verlieren. Wie
anderwärts im Reich, so sind auch hier eine ganze Reihe von
Rechtssozialistischen Organisationen der Rechtssozialisten geschlossen zur
U. S. P. übergetreten. In Hagen, wo noch vor drei Monaten
Tausende von Rechtssozialisten zu finden waren, bringen sie heute
keine öffentliche Versammlung mehr zustande, selbst wenn sie sich
ein hohes Paradespedon von außerhalb kommen lassen. Ein halbes
Duzend rechtssozialistischer Blätter erscheint im Verbreitungs-
bezirk der „Volkstimme“. Zum Teil bekämpfen sie die „Volk-
stimme“ und die U. S. P. nach dem Muster des früheren Reichs-
verbandes. Es muß aber alles nichts. Unsere Bewegung geht
gerade sprunghaft vorwärts und — was ebenfalls bemerkens-
wert ist — auch viele ihrer kommunistisch organisierte Ar-
beiter finden den Weg in unsere Organisation.

Die „Volkstimme“ erweist sich einer besonderen Fürsorge der
Militärregierung. Im „Eindernahmen mit Herrn Severing“ ist sie in
den letzten drei Monaten schon zweimal verboten worden.
Zeit sechs Wochen steht sie unter der Drogenkur, die ein
„konservativer“ Landrat vom alten Schlage ausüben hat und sie
schließlich in konservativem Sinne ansieht. Man mag aber dem
revolutionären Willen der Arbeiter auch ferner noch mit Belage-
rungsstand und Anbelung der Presse einen Damm entgegenzu-
setzen versuchen, mit Gewalt läßt sich eine solche Bewegung nicht
zurückhalten.

Die englische Delegation zur internationalen Arbeiterkonferenz.

Amsterdam, 17. August.
Den erwählten Vätern vom 15. August zufolge werden in
Paris Vorbereitungen für den im Oktober in Washington
stattfindenden internationalen Arbeiterkongress
getrieben. Als einer der beiden Vertreter der britischen Regie-
rung wird Barnes nach Washington gehen; zweiter Reprä-
sentant wird wahrscheinlich der Lebensmittelkontrolleur
George Roberts sein. Der Vertreter der Arbeiterpartei steht
noch nicht fest. In Betracht kommen dafür Cluett, Tomer-
man und Stuart Dunning. Ein Sonderdelegierter, der
an den Arbeiterführern Dainton, Sexton, Short und
Tom Shaw besteht, wird die Vertreter nach Washington be-
gleiten. Als Vertreter der britischen Arbeiterinnen geht Miss
Margaret Bondfield nach Washington.

Belegung Mazedoniens durch allierte Truppen

H. N. Haag, 16. August.
Aus Paris wird gemeldet: Der Rat der mazedonischen Be-
weiser hat der Friedenskonferenz eine Denkschrift unterbreitet,
in der die sofortige Belegung Mazedoniens durch allierte Trup-
pen zum Schutze der dort stattfindenden Volks-
abstimmung verlangt wird. Weiter wird gefordert, daß
Mazedonien auf der Friedenskonferenz durch eine eigene Dele-
gation vertreten sein darf und dritten, daß die mazedonischen
Blütlinge heimkehren dürfen.

Kriegsgerichte zum Schutze der Juden in Polen.

Amsterdam, 16. August.
Laut „Telegraph“ meldet die „Morningpost“ aus War-
schau, daß Polen eine sehr wichtige Maßregel mit Bezug auf
die Sicherheit der Juden in Polen ergreifen hat. Auf die An-
regung Paderewskis hin wurden mehr als vierzig Kriegs-
gerichte errichtet, die alle Personen innerhalb 24 Stunden
nach deren Verhaftung aburteilen müssen. Die Vergehen gegen
die Juden bestrafbar sind. Diese Kriegsgerichte sollen über
Mörder und Hinterwälder rechtsprechen und hinsichtlich des zu
erlassenden Urteils große Freiheit genießen.

Definierung der holländischen Grenze. „Telegraph“ meldet, daß
die Grenze zwischen dem besetzten deutschen Gebiet
und den Niederlanden in sechs Tagen geöffnet
werden wird.

Internationale Sozialistenkonferenz.

(Fortsetzung des Berichtes.)
Es folgt die
Bestimmung über die Resolutionen.

Angenommen wurde zur politischen Lage die Resolution
Kenaubel, deren Inhalt wir bereits mitgeteilt haben. Ab-
gesehen wurde die Resolution der französischen Arbeiterpartei
und der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie. Diese hatte
folgenden Wortlaut:

Resolution Longuet-Bislerding.

Die Internationale Sozialistenkonferenz, die in Luzern
sitzt, erklärt, daß die wiederaufgebaute Internationale nach den
durch den Imperialismus hervorgerufenen Kriegen die Pflicht
hat, die proletarischen und revolutionären Kräfte der ganzen Welt
im Denken und Handeln zu veranlagern.
Sie begrüßt die bewundernswürdigen Anstrengungen der Ar-
beiterklassen, um die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische
umzuwandeln und um die Wiederherstellung des alten Kapitalis-
tensystems zu verhindern; sie begrüßt insbesondere mit Ver-
geisterung die Siege der Arbeiterklasse, die dadurch die ausübende
Macht erworben hat und verlangt für die von ihr neugebildeten
Regierungen Handlung- und Bestimmungsfreiheit.

Ihr Zweck ist, die durch den Krieg geschaffenen revolutionären
Situations auszunutzen, um überall die politische Macht zu er-
obern und auszuüben, um zur Realisierung des Sozialismus und
der Abschaffung der Klassen zu gelangen. Die Konferenz stellt
die Pflicht fest, zu denen das Proletariat Stellung nehmen muß
angesichts der gegenwärtigen großen Ereignisse: die Friedens-
konferenz, die Intervention von England, die Finanzpolitik der
Regierungen, die hohen Preise für den Lebensunterhalt.

Während die allgemeinen Fragen der sozialistischen Politik
über den Wert von Demokratie und Diktatur, sowie die Be-
ziehungen zwischen der politischen und wirtschaftlichen Organi-
sation des Proletariates dem nächsten internationalen Kongress
vorbehalten sein sollen, erklärt sie, daß sich ein fruchtbarer Einver-
ständnis zwischen allen Sozialisten der Welt nur dann herbei-
führen läßt, wenn es auf der letzten Grundlage der unantastbaren
Prinzipien der Internationale, d. h. dem Klassenkampf, der ohne
Kompromiß mit den Bourgeoisie-Parteien weiterzuführen ist und
je nach den Bedingungen der energisch geführten Aktion auf-
gebaut ist.

Sie erklärt, daß die schärfste Befolgung aller dieser Prin-
zipien, hauptsächlich in revolutionären Perioden, durchaus nötig
ist, um die Entwicklung der proletarischen Kräfte durch Kompro-
miss mit der Bourgeoisie nicht zu schwächen.

Sie beauftragt die permanente Kommission und das Aktions-
komitee, die Berichte über diese Fragen vorzubereiten und sie
wichtigend einen Monat vor der Eröffnung des Genfer Kongresses
den angelegentlichsten Organisationen zuzustellen und gleichzeitig
auch die Mandate aufzustellen, um je nach den Umständen mit
der Schärfe, welche die gegenwärtigen revolutionären Bedingun-
gen verlangen, handeln zu können, und endlich, wenn es die Lage
fordert, sich nicht an die Regierungen, sondern an die Völker
selbst zu wenden.

Die Konferenz ist der Meinung, daß sie schon jetzt die ob-
genannte Pflicht hat, sich über zwei Fragen klar und energisch aus-
zusprechen: über den Friedensvertrag und die Politik, welche von
den siegreichen Nationen gegenüber Rußland und Ungarn, sowie
anderen Nationen, die bereits sozialistische Regierungen haben,
oder solche schaffen, befolgt wird.

Angesichts des Friedensvertrages

erneuert die Konferenz ihre Erklärungen, die in Bern und Amster-
dam gemacht wurden. Es ist dies ein von Siegern den Besiegten
aufgezwungenen Vertrag. Die siegreichen Staaten der Entente
haben dem Verträge einen kapitalistischen und nationalistischen
Schlag verlesen, ein Geprüge, wie es durch die Zentralmächte ge-
geben werden sollte, falls diese triumphiert hätten. In dem Maße,
in welchem der Vertrag die Forderungen der Demokratie be-
friedigt, geschieht dies in einer solchen Weise, daß er ihnen nicht
die verlangte Freiheit gibt. Die Wiederherstellung und der gerechte
nationale Wiederaufbau gewährt nicht einmal eine oberflächliche
Sicherheit. Die kapitalistischen Siegesstaaten haben keinen andern
Zweck gehabt, als den Sieg auszunutzen und für ihren führenden
Klassen Luxus und Gewinnquellen zu verwehren.

Die Konferenz lehnt ab die durch den Vertrag geschaffene
Vergewaltigung des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker
und die Politik, kraft welcher die Verteilung der neuen Nationali-
täten darin endet, daß Groß und nationale Kämpfe sich ver-
mehrten, wodurch die allgemeine Unsicherheit und der Weltmili-
tarismus sich weiter erhalten.

Sie widersetzt sich dem Ausschluß Deutschlands, Oesterreichs
und Rußlands, ohne welche Staaten kein Völkerverbund existieren
kann; sie sieht in dem geschaffenen Bund nur eine Allianz von
Regierungen und fordert Völker und Parlament dringend zur
Umänderung dieser Klausel auf. Die abschließlichen Bestimmungen
in Bezug auf einseitige Entlassung beweist, daß der Kapitalis-
mus nicht auf die Vernichtung des Krieges hinarbeitet, sondern
nach dem Weltbrand genau die gleichen Kräfte vertritt wie
vordem.

Die Konferenz sieht sich jedoch veranlaßt zu erklären, daß,
wie dringend und nötig auch für die den Verfallenen Friedens-
vertrag geprüften und zu opfernden Völker eine Revision der
Bestimmungen ist, welche am schroffsten gegen die Gerechtigkeit
verstoßen, so kann sie doch den Völkern keine ausschließlichen Hoff-
nungen vorlegen. Der einzig bestehende Zusammenbruch der
Lieschen Wilsons auf der Pariser Konferenz genügt, um zu be-
weisen, daß der Kapitalismus der Entente völlig entschlossen ist,
sich die Siegesfrüchte nicht nehmen zu lassen. Die Konferenz ist
entschlossen, mit vollen Kräften

an der Revision des Vertrages

nach den angegebenen Prinzipien zu arbeiten und zu diesem
Zwecke alle Mittel anzuwenden, die ihr die maßlose Macht der
in der ganzen Welt organisierten Arbeiterklasse gewährt sind;
aber sie erinnert doch alle Niederdrückten der Klasse, der Nationali-
täten oder der Rasse daran, daß einzig der Weltkrieg des Sozialismus
es ermöglichen wird, Gerechtigkeit zwischen den Nationen und
den Individuen walten zu lassen.

Sie erklärt, daß sie mehr das Proletariat sich zur Macht
empfehlungen und sozialistische Regierungen einsehen wird,
desse sicherer den verschiedenen Nationalitäten Gerechtigkeit wider-
fahren wird.

Um diese Möglichkeit zu beschleunigen, fordert sie die Organi-
sation der Arbeiterklasse aller Länder auf, sich zu einigen. Sie
bedauert aufs Höchste die durch die gegenwärtigen revolutionären
Bedingungen geschaffenen Spaltungen und biete ihre Dienste zur
Beratung und Beratung an, damit der geeinigten Arbeit-
front sich überall ein einziger Front des Sozialismus gegen-
überstellt, gebildet auf der Basis der in dieser Resolution ent-
haltenen Prinzipien der Internationale.

Die Konferenz hat die Verichte zahlreicher neuer Nationa-
litäten, die sich auf ihre Unabhängigkeit berufen, angehört.
Sie erinnert daran, daß die Internationale dieses Recht nicht
anerkennt, bis, vorausgesetzt, daß es die in regelmäßiger Weise
zu Rose gezogenen Einwohner vor auszusprechen haben.

Während sich die Konferenz zum Selbstbestimmungsrecht eines
jeden Volkes überholt bekannt, hat sie doch die Pflicht, auf
die Gefahren aufmerksam zu machen, die
eine Balkanisation Europas und der Welt

mit sich bringen könnten; diese übermäßige Vermehrung kleiner
Staaten ohne wirtschaftliche Kraft, ohne Kulturmittel, ohne Hilfs-
quellen für den sozialen Fortschritt, würde diese Staaten den Be-
gierden großer kapitalistischer Länder in unerbittlicher Weise
ausliefern. Sie erinnert daran, daß nach Marxschen Prinzipien
der Triumph des Sozialismus nur bei höchster Entwicklung aller
produktiven Kräfte möglich ist.

In dieser Beziehung kann eine Lehre aus den Schlussfolgerun-
gen gezogen werden, zu denen im Jahre 1912 die Balkansozialisten
gelangten, indem sie als nötige Ergänzung zu ihrer Unabhängigkeit
und unerlässlichen Friedensgarantie die Schaffung einer republi-
kanischen Balkanföderation verlangen.

Die Konferenz erinnert an die letzten getroffenen gemein-
samen Vereinbarungen der sozialistischen Parteien Frankreichs,
Englands und Italiens und erregt ihre Stimme zum energigen
Protest gegen die von den Alliierten befolgte Politik in Bezug auf
Rußland und Ungarn.

Ohne über die Methoden der russischen Völkervereinigung ein
Urteil zu fällen, erklärt sie, daß der Paz, mit dem sie durch die
kapitalistischen Regierungen befolgt werden, ohne jeden Zweifel
seiner Umsetzung in den bolschewistischen Anstrengungen hat, um
soziale Umwälzungen herbeizuführen; ein Ziel, das ja allen
Sozialisten gemeinsam ist. Wenn sich die Internationale die Be-
hörden über die tatsächlichen Fragen vorbehält, ist es somit ihre
Pflicht, die russische Revolution zu verteidigen, welche erst die So-
zialisten des Imperialismus und Pangetarismus in Welt-
Rückfall über sich ergehen lassen mußte und hernach jene der
kapitalistischen Ententestaaten.

Die Konferenz protestiert
gegen die militärische und finanzielle Unterstützung der
Wegenrevolution

durch die alliierten Mächte, hat sie doch garistische Agenten wie
Denikin und Koltschak an der Spitze, gegen deren Herrschaft sich
die russischen Arbeiter und Sozialistenorganisationen einstimmig
auflehnen. Sie betrachtet diese Unterstützung als eine Heraus-
forderung an die Demokratie und als eine Verdrängung aller
Formen sozialistischer Regierungen durch kapitalistische Re-
gierungen.

Sie erhebt sich mit der gleichen Stärke gegen das Attentat,
dem das ungarische Volk zum Opfer fiel, brandmarkt die Ver-
drängung seiner sozialistischen Republik durch die von der Entente
unterstützte rumänische Oligarchie und die Verlegung
Budapests, welche ohne den Schalten eines Vorwandes durch die
neue heilige Kapitalistenallianz ins Werk geleitet wurde.

Die Konferenz stellt durch ihre ganze moralische Macht zur
Verfügung der durch das Ausland begünstigten russischen und
ungarischen Völker. Sie wiederholt ihre Forderung, von ihrem
Rechte, eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden,
Gebrauch machen zu dürfen, damit diese den internationalen
Sozialismus und die öffentliche Meinung über alle Tatsachen der
Revolution aufklären kann, sowie auch über die Schliche der Gegen-
revolution, des ausländischen Militarismus in Rußland, des deut-
schen Militarismus und jenen der Entente.

Sie fordert alle proletarischen Organisationen der Welt auf,
mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeiter-
revolutionen gegen die reaktionären Unternehmungen zu ver-
teidigen.

Casim, Grossard, Jean Longuet, P. Bisler, Daniel Renouf
(Französische Sozialistenpartei)
Alfred, Gripien
(Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Für diesen Antrag stimmten: von England Woodcock;
die französische Majorität — von Holland: Koolhaas;
die russische Sozialrevolutionäre, Baile Bog-Lett-
land, Deusch, Dezerre. Die deutschen Unab-
hängigen. — Die deutschen Rechtssozialisten erklärten, für
beide Resolutionen zu stimmen. Für den Kommissionsbericht stam-
men: von England Henderson, die französische Minorität
Schweden, Bulgarien, Russische Sozialdemokratie (Rechtssozial)
Georgien, Ukraine, Dänemark, Estland, von Holland Witegs
Italien (Kostrowski).

Angenommen wurde ferner folgende
Resolution über die Intervention in Rußland.

Die Konferenz wiederholt die früheren Proteste der Internati-
onalen, welche sowohl von ihrem Aktionskomitee als von ihren
nationalen Sektionen gegen die Intervention der alliierten Re-
gierungen in Rußland abgegeben wurden.

Da nun der Krieg auf den Hauptknoten beendet ist, brüht
die Konferenz die Ansicht aus, daß es einer überaus unglück-
lichen Politik entspricht, nicht danach zu trachten, ihn überall da
einzustellen, wo Schwierigkeiten noch nicht beigelegt sind.

Durch Truppenbewegungen gegen Rußland vergrößerung der
alliierten Regierungen in offenkundiger Weise das Selbstbestim-
mungsrecht des russischen Volkes.

Während sich die Internationale die Prüfung der Methoden
der revolutionären Diktatur auf später vorbehält, erklärt sie,
daß die kapitalistischen Regierungen durch ihre Politik zur An-
nahme berechtigten, als bekämpfen sie Rußland nur, weil es in
revolutionärem Zustande ist. Dadurch veranlassen sie selbst die
Ursachen, die in Rußland zum Bürgerkrieg führen.

Es ist somit die Pflicht der Internationale, das russische Pro-
letariat zu verteidigen, welches, nachdem es die Gewalttaten des
Imperialismus und des Vangelarismus in West-Europa erdul-
det, nun noch jene der kapitalistischen Ententestaaten über sich
ergehen lassen muß.

Die Konferenz protestiert gegen die militärische und finan-
zielle Hilfe, welche von den Ententestaaten der Gegenrevolution
gewährt wird, die von den garistischen Agenten wie Koltschak und
Denikin, entgegen den einstimmigen Wünschen aller Arbeiter- und
Sozialistenorganisationen Rußlands, geleitet wird. Sie betrachtet
diese Unterstützung als eine Herausforderung an die Demokratie
und eine Verdrängung aller sozialistischen Parteien durch die kapita-
listischen Regierungen.

Die Konferenz protestiert gegen die Aufrechterhaltung der
Blodde, die es dazu gebracht hat, 100 Millionen Menschen aus-
zunutzen und sie zur Verzweiflung zu bringen, während die
Gegenrevolution sich einer systematischen und ausschließlichen
Lebensmittelversorgung erfreuen kann.

Die Internationale zählt auf die Vertreter des Sozialismus,
um die Folgen einer solchen Handlung aufzuheben und mit allen
Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, zu bekämpfen; sie fordert
ihre Gruppen auf, die alliierten Regierungen zu zwingen, daß
sie ihre Truppen aus Rußland zurückziehen und keiner reaktio-
nären Politik irgendwelcher Art ihre Dienstleistungen gewähren.

Die Konferenz stellt somit ihre ganze moralische Kraft dem
durch das Ausland begünstigten Rußland zur Verfügung. Sie
wiederholt ihre rechtmäßige Forderung, nach Rußland eine Unter-
suchungskommission zu entsenden, um den internationalen Sozia-
listismus und die öffentliche Meinung über die Tatsachen der revo-
lutionären Kämpfe, über die Meinungen zwischen den soziali-
stischen Parteien, sowie über die Rolle und Schliche der Gegen-
revolution, des ausländischen Militarismus in Rußland, des
deutschen und des Entente Militarismus aufzuklären.
(Fortsetzung folgt.)

Haase's Anklagerede

50 Pfennig

ist soeben erschienen!

Groß-Berlin.

Unverbesserlich bleibt der „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ bemüht sich kämpfhaft, dem Personal der Omnibusgesellschaft aufzureden, sie hätten gute Kartoffeln bekommen, wie das auch die Gesellschaft den Arbeitern einreden will. Weil wir das Gegenteil berichten, weil es der Wahrheit entspricht, drückt der „Vorwärts“ eine angeblich von Schweigern und Ladierten herrührende Falschheit ab, in der die Kartoffeln gelobt wurden. Wir, die „Freiheit“, sollten die Unwahrheit gesagt haben. Das war ein altes Falschheitsstück des „Vorwärts“, anderen Unwahrhaftigkeit vorzumerken, während er selber die Tatsachen fälscht. Nun hat gestern vormittag in der Weinmeisterstraße im Sophien-Angebot eine Versammlung des Personals der Omnibusgesellschaft unter anderem sich auch mit der Kartoffelfrage beschäftigt.

Die Angriffe des „Vorwärts“ auf die „Freiheit“ in der Angelegenheit der verfaulten Kartoffeln wurden von der Versammlung scharf zurückgewiesen. Auf die Anfrage, wer genossbare Kartoffeln erhalten habe, meldete sich von den mehreren Hunderten Anwesenden kein Mensch. Nur ein Aufsichtsbearbeiter war der Ansicht, daß die eventuell vorhandenen gewissen guten Kartoffeln vorher ausgeprüft sein mußten. Es ist schon möglich, daß dies von einigen Aufsichtsbearbeitern auch gemacht worden ist. Soviel wurde aber von der Versammlung festgestellt, daß, nachdem die Arbeiterfrauen zur Verteilung zugelassen wurden, nur noch völlig verfaulte Kartoffeln zu haben waren. Dem Vertrauensmann der Schmiede ist von einer Falschheit des „Vorwärts“ nichts bekannt. Diese Tatsachen sprechen für sich und charakterisieren den „Vorwärts“.

Stundung und Teilzahlung der Einkommensteuer.

Infolge der verspäteten Einkommensteuerveranlagung sind auch im laufenden Jahre zwei Vierteljahresbeträge kurz nacheinander fällig geworden. Wenn auch die Staatssteuerverwaltung die grundsätzliche und allgemeine Zahlung der Einkommensteuer in Teilbeträgen, etwa in Monatsraten, nicht zugestehen kann, so ist sie doch zu Entgegenkommen geneigt. Das preussische Finanzministerium hat bereits zu Anfang vorigen Monats an sämtliche Veranlagungsbehörden einen Rundschreiben gerichtet, der die Anweisung enthält: „Wenn infolge verspäteter Abfassung der Veranlagung und der dadurch betrachteten gleichzeitigen Fälligkeit mehrerer Vierteljahresraten im Einzelfalle eine unbillige Härte entstehen würde, ist den Steuerpflichtigen hinsichtlich der Zahlungsweise der Steuern durch Bewilligung von Stundung und Teilzahlungen jede zulässige Erleichterung zu gewähren.“

Erordnung des Landwirtschaftsinspektors Blau.

Die Auffindung der Leiche des Inspektors Blau im Landwirtschaftsamt hat Ermittlungen über die Todesursache bezügliche, die näheren Umstände lassen auf Mord schließen. Es ist festgestellt, daß Blau am 1. August eine Versammlung in der Nähe der Schule Mittelwälder Straße 84 besucht hat, die von einem Betrieb Lichtenschein veranstaltet worden sein soll. Zwischen Blau und einigen Versammlungsteilnehmern soll es zu Zusammenstößen gekommen sein. Der Versammlungsleiter, Redaktor Deuschner, Dresden Straße 125, soll ihm die Papiere abgenommen haben. Eine Korrespondenz berichtet, daß Blau unter Anführung von Deuschner aus dem Versammlungsraum geführt worden sei. Selbster sollte bis zu seiner Auffindung der Leiche am 7. d. M. jede Spur von ihm. Die Kriminalpolizei hat Deuschner im Verdacht der Täterschaft, da sie ihn nicht hat auffinden können.

Sie haben zuviel Kinder!

Am 6. August d. J. klagte vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte, Zimmer 174/176, die Hausbesitzerin Frau Anna Teichner, Berlin, Schulstr. 16, auf Räumung der im Hause Jablonstr. 33 von der Beklagten Frau Anna Gildemann bisher bewohnten Wohnung. Trotzdem die Beklagte stets pünktlich die Miete bezahlte, jetzt sogar schon für drei Monate im voraus, verlangt Klägerin Räumung der Wohnung, weil sechs Kinder vorhanden sind. Die Klägerin, welche durch drei Rechtsanwältinnen vertreten wird, ist durchaus nicht zu bewegen, von einer solchen Klage Abstand zu nehmen. Alle Bemühungen des Vorsitzenden dieser Gerichtsabteilung, eine Einigung zu erzielen und von einer Räumung abzusehen, scheiterten an dem geringen Menschlichkeitsgefühl der Klägerin.

sowie deren Vertreter. Die Beklagte möchte geltend, daß es ihr nirgends gelinge, Wohnung zu finden und sie überall abgewiesen werde mit der Begründung, sie seien zuviel Personen. Es wäre dringens angebracht, wenn die städtischen Behörden bald Maßnahmen treffen würden, um dieser Willkürherrschaft der Hausbesitzer ein Ende zu bereiten.

Die Ferienpiele in Reinickendorf.

Die von der hiesigen Gemeinde zum ersten Male veranstalteten Ferienpiele und Ausflüge, geleitet von Lehrern und Turnern, haben am Sonnabend, den 9. August, mit einem Rinderfest ihren Abschluß erreicht. Die Zahl der Kinder, die sich an den Veranstaltungen beteiligten, wuchs von Woche zu Woche, so daß beim letzten Ausflug annähernd 2000 Kinder zusammengekommen waren. Das Ziel der Wanderungen waren hauptsächlich die märkischen Wälder und Seen und so sehen wir unsere Kleinen in den Ferien bald beim frohen Spiel in Schönholz und am Jugendhaus, bald Heidelbeeren kochend im Walde vor Summ- und Schülendörfer, bald planschend und badend am Tegeler Strand. Nicht zu vergessen ist, daß natürlich die lohnliche Belieferung mit schmackhaftem Mittagbrot, mit Kaffee und Schrippen eine besondere Anziehungskraft ausübt hat, und groß war jedesmal die Freude, wenn das Gemeindeauto in der Mittagsstunde sichtbar wurde, das die lederen Sachen brachte, um die hungrigen Mäuler zu sättigen. Alles in allem wurden ca. 2500 Kinder in den Ferien verpflegt, ca. 6000 Portionen Mittagbrot veranlagt.

Wenn auch nicht genug für die Kinder getan werden kann und die Sorge für die Jugend in erster Linie Aufgabe jeder Gemeinde ist, so darf doch gesagt werden, daß die großzügige Veranstaltung in Reinickendorf alle Anerkennung verdient.

Im Flugzeug nach Schwiebus geilt, um den an der Herstellung falscher Fünfsigarmarkchen beteiligten Stereotypen Richard Walter aus der Werkstraße festzunehmen, ehe er unbekannt verschwand, ist ein hiesiger Kriminalkommissar. Beim Aufheigen war der Gefangene als Kaugummi unter den Zuschauern. Er wurde verhaftet.

Änderung des Planes für die Elektrifizierung der Berliner Vorortbahnen. Die Ausrüstung der Stadt, Ring- und Vorortbahnen von Groß-Berlin für den elektrischen Betrieb sollte mit der Strecke Berlin-Oranienburg begonnen werden. Wie wir hören, ist dieser Plan in letzter Zeit geändert worden. Man hat neuerdings in Aussicht genommen, zunächst die Arbeiten für den elektrischen Betrieb der Strecke Berlin-Hermendorf in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig soll auch die Strecke Berlin-Prenzlau elektrifiziert werden, während diese Strecke bisher erst später damit ausgerüstet werden sollte. Beide Strecken laufen bekanntlich vereint bis Gesundbrunnen. Die Strecke von Hermendorf bis Oranienburg wird dann vorläufig noch mit Dampf betrieben. Später erhält sie selbstverständlich wie das ganze Netz der Stadt, Ring- und Vorortbahnen elektrischen Betrieb. Der Grund für die Änderung des Planes besteht darin, daß die Strecke nach Oranienburg auch von Hermendorf bis Frohnau besondere Vorortstelle erhalten soll. Würde nun erst die zweigleisige Strecke Hermendorf-Frohnau mit den elektrischen Einrichtungen versehen, so müßten diese bei der Legung des dritten und vierten Gleises wieder umgebaut werden. Später kann Elektrifizierung und Umbau auf einmal durchgeführt werden. Nach wie vor hofft man die Arbeiten noch im Laufe dieses Jahres in Angriff nehmen zu können. Dr. Adams, Berlin.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Bankbeamten und der Hamburger Streit.

Am gestrigen Sonntag fand vormittags in den Germania-Sälen eine vom Allgemeinen Verband deutscher Bankbeamten einberufene öffentliche Versammlung statt. Großmann aus Hamburg referierte eingehend über den dortigen Streit der Bankbeamten. Die Vorgeschichte des Ausstandes eingehend schildern, ging er auf die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss ein. Die Bankdirektionen hätten in diesen Verhandlungen eine die Angelegenheit verletzende Haltung beobachtet. Als schließlich der Schiedsspruch gefällt worden sei, hätten die Bankbeamten trotz Verabredung ihrer Ansprüche auf 50 Prozent sich bereit erklärt, den Schiedsspruch anzuerkennen. Die Arbeitgeber indes hätten die Anerkennung des Spruches abgelehnt und obendrein noch nachträglich die Kompetenz des Schlichtungsausschusses, vor dem sie verhandelt hätten, in Abrede gestellt. Die Angeestellten hätten dann einen letzten Versuch unternommen, eine Einigung herbeizuführen. Sie tiefen den Demobilisierungskommissar an, um eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches zu erwirken. Auch dieser letzte Einigungsversuch scheiterte an dem Widerstand der

Bankdirektionen. Erst danach, als jede Möglichkeit der Verständigung erschöpft war, seien die Angehörigen in den Streit getreten. Die Angehörigen des Corps Veltoro-Worbes hätten vor jeder Zeit mit hartem Aufgebot Wachen gestellt, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht hätten, die Streikposten zu verhaften und mit der Waffe zu bedrohen. Diese Leute hätten 20 bis 30 Mal täglich von den Bankdirektionen erlassen. Sie erklärten, im Dienst der Direktionen zu stehen und deren Befehlen untergeordnet zu sein. Die Verhandlungen in Berlin seien in dem Wiberstand der Streikgeber in fast der gleichen Weise gescheitert wie in Hamburg. Im Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Versammlung erblickt in der Tatsache, daß die Berliner Bankleitungen die Einladung des Reichsarbeitsministeriums zu beachtet gelassen haben, und der gestrigen Sitzung fern geblieben sind, eine Verhöhnung des Reichsarbeitsministeriums. Sie warnt vor der Regierung, daß diese Mittel und Wege findet, die selbstherrlichen Bankdirektionen zur Anerkennung ihrer Unrechtmäßigkeit zu zwingen. Die Versammlung fordert die deutschen Bankbeamten auf, Mittel zusammenzubringen, um die Hamburger Kollegen in ihrem Kampf zu unterstützen.“

Versammlung des Omnibuspersonals.

Eine zahlreich besuchte Versammlung des technischen und Fahrpersonals der Omnibusgesellschaft fand Sonntag vormittag im Sophien-Gymnasium statt. Im Anschluß an den vom Kollegen Anselm gegebenen Rückblick auf die verfloffene Streikzeit machte sich bei allen Rednern eine scharfe Kritik an dem Verhalten des Arbeiterrats Crispian und des rechtssozialistischen Ausschusses Hoffmann laut. Die Lohnabgabe von 60 Mk. am letzten Feiertag haben bei einem Teil des Personals große Enttäuschungen hervorgerufen, da nach der Auslegung Crispians der Schwedenspruch falsch ausgelegt werden mußte. Gerade über das Vorkommnis und die kommenden Neuwohlen der Berliner Arbeiterräte. Er wertete allgemeinen Beifall.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Montag abends 7 Uhr sämtliche Funktionäre Berechnung vom Volksfest im Volkshaus.
Neukölln, 18. Bezirk. Der Kaffiarungsabend der Frauen im Volkshaus, abends 7 1/2 Uhr bei Wolf, Prinz-Bauergasse 10. Vortrag: Sozialismus. Die Bezirksführer holen am Montag nachmittags vom Bureau Material ab.

Bereinskalender.

Neukölln. Die Versammlung der Rotkranzarbeiter, abends 8 Uhr im Volkshaus.
Wilmersdorf. Am Montag wichtige Angelegenheiten mit äußerster Wichtigkeit Logosammlung. Alle Delegationsmitglieder müssen teilnehmen. Volles Delegationsrecht ausüben. Arbeitnehmersverband für das Freizeits- und Gesundheitswesen Berlin und Vororte. In dieser Woche in allen Bezirken Versammlungen in den bekannten Lokalen.
Intern. Bund der Kriegsbefehlshaber. Ortsgruppe Berlin. Die Funktionäre sämtlicher Berliner Betriebe, soweit sie unserer Organisation angehören, werden ersucht, bei Einberufungen von Versammlungen, Referaten von der Ortsgruppenleitung, Berlin N. O., Oranienburgerstr. 6, anzufordern; jedoch muß dieses 3 Tage vorher geschehen.
Studienkreis, Schiffsleger, Stereotypen- und Buchbindereiarbeiter. Am Montag abends 7 1/2 Uhr im Jugendsekretariat, Schulstr. 5/6, Jugendversammlung.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Dielepp, Neukölln, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck im Vindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Erscheint jeden Mittwoch

In der nächsten Nummer beginnt

Szaszka Schegulow

Revolutionsroman von Leonid Andrejew

In jedem Heft Bilder, Karikaturen, politische Beiträge

20 Pfennig Vierteljährlich 2,50 Mark

Bei jedem Zeitungshändler zu haben

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7 1/2 Uhr. „Der Kuhreigen.“
C. Mohrhard — E. Bernauer.
Theater I. d. Königgrätzer Straße. 1 Uhr. Musik. (Maria Orska).
Hensler: Die Frau Frankfurter.
Komödienhaus an der Marschallbrücke. 1 Uhr: Liselott von der Platz.
Berliner Theater. 8 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.
Trianon-Theater. 8 Uhr: Zum 337. Male: Der gute Ruf.
von Hermann Sudermann.
Waldhain-Theater. Täglich: 7 1/2 Uhr: 9 schöne Zeit, o seltsame Zeit! Gartenhäuser-Theater. Spezialitäten: 11 Uhr.
Wintergarten. Täglich 7 1/2 Uhr. Varietevorstellung. Rauchen gestattet.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten. Gartenhäuser-Theater. 7 1/2 Uhr: Konzert. Spezialitäten. 7 1/2 Uhr: Das nicht sich jeder an.
National-Theater. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Familie Mannemann. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Casino-Theater. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Großstadt-Pflanzen. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Schau-Burg. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Freier Ringkampf. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Soximer-Theater. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Täglich 12 Varieté-Nummern. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Grosses Theater-Orchester. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.

Residenz-Theater. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Das höhere Leben. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Schau-Burg. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Freier Ringkampf. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Soximer-Theater. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Täglich 12 Varieté-Nummern. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.
Grosses Theater-Orchester. 8 1/2 Uhr: Die Frau, Diebentanten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsbüro Berlin, N. O., Kienstr. 83-85. Telefon: 241. Nordend 185, 1889, 1987, 9714.
Mittwoch, den 20. August 1919, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung. alle als Reparaturschlosser beschäftigten Kollegen im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage in unserem Beruf. 2. Diskussion. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erscheidet das Geschick aller Kollegen.
Mittwoch, den 20. August 1919, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. aller in der Gold- und Silberwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Dresdner Garten“, Dresdner Straße 45, Ecke Pringenzstraße. Tagesordnung: 1. Verband- und Organisationsangelegenheiten. 2. Diskussion. Kollegen! Es ist Pflicht aller Kollegen, bestimmt und pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedschaftsausweis keinen Zutritt. Die Ortsverwaltung.
Kücheneinrichtungen. ohne und mit Anrecht, direkt aus Tischerei, von 400.- Mark an. Hauke, Wöhlerstraße 12. Hof, 1. Treppe.
Schollack und Leim. auch für Zement, kauft E. Thau, Berlin, Wölschstr. 15. J. Meibitz 1932.

Spezial-Arzt. für Haut-, Hals- und Frauen- und Kinderkrankheiten, Lenden, Salvarsan-Kuren, Urticaria und Blasenkrankheiten, Damen- und Herren-Abteilungen. **Dir.: Löser senior.** Spezial-Arzt für Hautkrankheiten. **Dir.: Löser junior.** Spezial-Arzt für Hautkrankheiten. **Rosenthaler Str. 69-70, 1. u. 2. Etage. S-O.**
Kupfer — Messing — Quecksilber. Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Almetalle kaufen: Peters, Prenzlauer Straße 24, Peters, Reinickendorfer Straße 10, Möbels, Waldstraße 3, Ecke Turmstraße, Ermel, Cuhener Straße 39, an der Frankfurter Allee, Degener, Schönberg, Bahnstraße 46.
Kleine Anzeigen. **Möbel.** neue und verleihten gewasene Kleiderschränke, Vertikals 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 320.00, Bettstellen m. Matrassen 65.00, 85.00, 125.00, engl. Bettstellen, 50 x 70, Chaiselongue, Spiegel, Kommode, Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. Komp. Küche 175 Mk. Versand nach außerhalb. **Seelig,** Elsassstr. 17/18.
Photographen! Gaslicht-Celluloid-Brassilberkollon, 1000 Stück 45.- Mk., 100 Stück 4.75 Mk., Fotoapparat 1.10. — Ustis tret. Foto-Industrie, Berlin SW 48, Friedrichstr. 2377.
Orchestron. mit neuesten Noten, Motor 250.- Mark, Franz Hauke, Wöhlerstr. 12.
Billige Wohnungen. erzielt man durch Patent-Schiffmöbel. Verwandbare Chaiselongues, Bettstellen, Bettsolen, Bettstühle, Tischbetten etc. Beschäftigt ohne Kapitalbindung. Nippe & Pasche, Pal. Sadowitz-Str. Berlin, Oranienstr. 112.
Zigarren. Zigaretten, Tabak, Fein- u. Grobschnitt kauft sofort jeden Posten, Zigarettenladen, Wölschstr. 88.

Kupferdraht. Kabel, Litze. **Elektromotoren.** Gleichstrom, Wechselstrom. **Ingenieurbüro.** Berlin W. O., Lützow 3000. **Zinkwaschmaschinen.** ber. Fabrik, Lützow 3000. **Großen.** haben selbst. **Kleinen.** in der „Freiheit“.

Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch **Radikal-Wanzenot-Pfeifferol** in Flaschen zu M. 5, 3.50, 2 u. 1.25 u. **Mottentod Pfeifferol** (30 Pf.) überall zu haben. Herr W. Heider, Drogerie, Artilleriestraße 8, schreibt: „Senden Sie mir wieder je ein halbes Gros Radikal-Wanzenot-Pfeifferol wie gehabt. Meine Kunden erklären allgemein Ihre Pfeifferol als das beste Mittel gegen Wanzen.“

Apotheker Otto Pfeiffer & Biehler, N 65, Schulstr. Referenten der Deutschen Armer in Fußwege, Angehörige u. Berufe.